

Meine Damen und Herren, es ist mir wichtig zu sagen, dass in keinem anderen Bundesland bisher ein so langer Diskussionsprozess mit offenem Ergebnis geführt wurde.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich bin persönlich stolz darauf, denn das ist auch ein Ergebnis der Befassung in den Gremien des Landkreistages und des Städte- und Gemeindebundes. Das Angebot, 22 Landesaufgaben zu kommunalisieren, ist eines, das es in dieser Größenordnung in Brandenburg noch nicht gegeben hat. Ich bitte das auch zu berücksichtigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der zweite Teil des Antrags - hier sage ich noch einmal herzlichen Dank, Frau Nonnemacher - würde bedeuten, dass der Landtag sich aus einer ganz wichtigen Verantwortung stehlen wollte. Das werden Sie sicherlich nicht tun. Sie werden ganz sicher hier über ein Gesetzespaket diskutieren und am Ende sachgerecht entscheiden, so wie es die Verfassung des Landes Brandenburg vorsieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie zu den Bürgerversammlungen an 18 Stellen des Landes herzlich einladen. Dort kann ich Ihnen gern Rede und Antwort stehen und Ihre falschen Behauptungen entkräften. Ich tue es jetzt nicht, obwohl ich noch 1 Minute 15 Redezeit habe. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Die Abgeordnete Richstein hat eine Kurzintervention angemeldet. Bitte sehr.

Frau Richstein (CDU):*

Herr Minister, Sie können noch so schnell reden, aber uns nicht das Wort entziehen. Das ist immerhin das Parlament, wo die Abgeordneten das Sagen haben.

(Beifall CDU)

Ich hoffe, Herr Minister, dass Sie, wenn Sie über einen offenen Dialog reden, dies auch wirklich meinen. Das, was Sie heute geleistet haben, war kein offener Dialog.

(Beifall CDU und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Einfach zu behaupten, unsere Argumente seien falsch und die Ihren seien die einzig richtigen - so funktioniert es nicht. Denn Sie können nicht sagen, dass alle Argumente, die Ihnen nicht entsprechen, falsch sind. Das ist ein falscher Weg.

(Beifall CDU und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Ich hoffe, dass dieser Dialog in den nächsten Wochen und Monaten von Ihnen anders geführt wird.

(Beifall CDU und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Minister, möchten Sie entgegnen?

Minister Schröter:

Verehrte Frau Richstein! Ich wollte Ihnen nicht das Wort entziehen. Das darf ich gar nicht, kann ich gar nicht. Ich wollte lediglich nicht die Dauer der Debatte verlängern.

Und, Frau Richstein, wenn 22 Aufgaben des Landes, von denen 1 500 bis 1 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung betroffen sind, nicht als Mehrwert erkannt werden - Entschuldigung -, dann nennen Sie mir bitte einen Reformzeitpunkt seit 1993, wo es ein größeres Bündel von Aufgaben gab, die vom Land auf die Landkreis- oder die Gemeindeebene gegeben werden sollten. Alle, mit denen ich bis jetzt gesprochen habe, haben mir bestätigt: Das ist ein ganz großer Wurf. Jetzt gilt es festzuhalten, was im Leitbild aufgeschrieben steht. Ich kann nur sagen: Sie stehen mit Ihrer Meinung ein Stückchen allein.

(Beifall SPD - Lachen bei der CDU)

Vizepräsident Dombrowski:

Danke. - Für die Gruppe der BVB/FREIE WÄHLER spricht der Abgeordnete Vida.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Minister, ich verstehe, dass es einem in der Landtagsdebatte immer schnell von den Lippen geht, wenn es darum geht, sich Lacher bei den Parteifreunden zu holen. Aber ich erinnere Sie daran, dass Sie der Verpflichtung unterliegen, parteipolitisch neutral alle Teile dieses Hauses angemessen zu informieren. Dieser Verpflichtung können Sie sich nicht entziehen - da können Sie noch so viel klatschen. Das gilt auch für die kleinste Gruppe hier im Haus.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und CDU)

Deswegen sind Ihre Äußerungen, dass wir zu Bürgerversammlungen kommen sollen, wo Sie uns großzügigerweise informieren wollen, schon sehr am Rande der verfassungsrechtlichen Informationspflicht, die Ihnen auch uns gegenüber obliegt. Selbstverständlich werden wir zu diesen Versammlungen gehen.

Ihre rechtliche Expertise, Herr Minister, ist auch in Bezug auf die Redezeit nicht ganz korrekt. Es waren Ihre Parteifreunde, die gerade den Antrag von uns, dass ein Überziehen der Redezeit der Regierung auch zu einer Verlängerung der Redezeit der Gruppe führt, abgelehnt haben. Das heißt, Sie hätten ruhig länger sprechen können, wir hätten deswegen nicht mehr Redezeit bekommen.

Herr Kurth, Sie haben hier ausgeführt, dass die Dimension des Artikels 94 noch nicht erreicht sei. Frau Richstein hat dies etwas in Zweifel gezogen. Aber es spricht ja nichts dagegen, dass Sie dem zustimmen. Wenn man im Juli informieren möchte, würde der Beschluss heute genau dazu führen, dass im Juli eine Information erfolgt.

Im Übrigen haben Sie selbst deutlich gemacht, was Sie mit offener Diskussion, offener Debatte meinen. Hier sagen Sie: Es ist noch gar nichts entschieden. - Am 18. April 2015 verkünden Sie in der „Märkischen Oderzeitung“ unter der Überschrift

„Die Gebietsreform muss kommen“: 175 000 Einwohner ist das Mindestmaß, Zusammenlegung mit der Uckermark wird angedacht. Mit dem Landrat im Tandem verkünden Sie, dass Sie lediglich die Vorschläge des Parteifreundes mit 500 000 für zu viel halten. - Also: Entweder gibt es keine konkreten Planungen, oder aber Sie informieren die Öffentlichkeit transparent, damit sich die Bürger darauf einstellen können.

Wir hätten natürlich gern noch eine Aktuelle Stunde hierzu beantragt. Dieses Recht haben Sie uns ja auch verwehrt. Meine Damen und Herren, wenn wir eine offene Debatte einfordern, dann geht es doch gar nicht darum, dass Sie sich unbedingt unseren Argumenten öffnen müssen, sondern öffnen Sie sich bitte den Resolutionen und Empfehlungen der Kreistage. Herr Innenminister, ich frage Sie: Wie vielen Kreistagen, wie vielen Landräten haben Sie genau das, was Sie uns ins Gesicht sagen, auch gesagt: dass die Argumente falsch sind, dass die Resolutionen falsch sind? Das haben Sie bei keinem gemacht, weil es teilweise Ihre eigenen Parteifreunde sind, die im Kreistag genau das beschließen, eben aus der Erfahrung vor Ort.

Frau Nonnemacher, ich finde es nicht in Ordnung, wenn Sie den Bürgern sagen, sie könnten nicht eine Ja-Nein-Entscheidung bei einer so komplexen Sache treffen. Am Ende tun wir das ja auch. Natürlich diskutieren wir intensiv, natürlich wägen wir ab und natürlich haben wir Ausschüsse; am Ende heißt es aber ja oder nein. Wenn wir ja oder nein sagen müssen, müssen auch die Bürger ja oder nein entscheiden können.

Deswegen begrüße ich den Kompromissvorschlag der CDU, eine landesweite Bürgerbefragung anzustoßen. Ich halte das für eine vernünftige Sache. Nichtsdestotrotz bleiben wir natürlich bei unserem Entschließungsantrag.

Wenn hier von der Funktionalreform gesprochen wird und darüber, wie großzügig man hier Aufgaben übertragen will, sage ich: Es war Inhalt des Einsetzungsbeschlusses, dass auch über die Finanzen etwas gesagt wird. Bisher wurde das nicht vernünftig dargelegt.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt schon eine durchschnittliche Landkreisgröße in Brandenburg, die 33 % über dem Bundesdurchschnitt liegt. Es gibt auch räumliche Grenzen. Genau um die hier vorhandenen Zumutbarkeitsgrenzen zu eruieren, sollen die Bürger verbindlich befragt werden. Verteidigen Sie deswegen nicht nur das Entscheidungsrecht des Landtages, sondern auch das der Bürgerschaft. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU und AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Danke schön. - Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Zur Abstimmung steht der Antrag der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER, Drucksache 6/1491 - Vollständige Information der Öffentlichkeit über die Verwaltungsstrukturreform - Keine Gebietsreform ohne Bürgerentscheide. Wer möchte diesem Antrag folgen? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Entschließungsantrag der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER auf, Drucksache 6/1492. Wer möchte die-

sem Entschließungsantrag zustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Reihe von Enthaltungen ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Für eine faire Bezahlung der Kita-Erzieherinnen und Erzieher

Antrag
der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/1578

Die Aussprache wird mit dem Beitrag des Antragstellers eröffnet. Herr Abgeordneter Schulze, bitte.

Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit mehreren Wochen demonstrieren Zehntausende Kita-Erzieherinnen in Deutschland, auch in Brandenburg flächendeckend. Das ist nicht angenehm für Eltern, die ihre Kinder in Kindertagesstätten unterbringen müssen, weil sie einem Beruf nachgehen. Aber die Kita-Erzieherinnen haben sicher gute Gründe, das zu tun.

Deswegen haben wir gesagt: Das ist auch ein Thema für den Landtag Brandenburg; denn über das Kita-Gesetz und die Finanzierung der Kommunen sowie die Finanzierung der Kindertagesstätten durch das Kita-Gesetz sind wir mit im Boot. Nun höre ich schon die Einwände, die da kommen: Das geht uns nichts an, das sollen die Tarifvertragspartner, Gewerkschaften und kommunale Arbeitgeber, untereinander klären. Aber das Argument zieht nicht, denn wir, der Landtag Brandenburg, entscheiden im Kita-Gesetz, was gemacht wird.

Meine Damen und Herren, das Lebensalter von null bis sieben Jahre ist der wichtigste Lebensabschnitt, denn in diesem Alter lernen Kinder die essenziellsten Dinge. Es ist der Zeitabschnitt mit der höchsten Lernintensität. Dinge, die in dieser Zeit nicht erlernt werden, sind später schwer nachzuholen. Das sind ganz klare wissenschaftliche Erkenntnisse aus Medizin und Pädagogik. Aber irgendjemand muss das ausfüllen, muss sich mit den Kindern in diesem Zeitraum beschäftigen. Wenn Eltern berufstätig sind, setzen sie da auf das Institut Kindertagesstätte.

Auch wir als Landtag Brandenburg haben in den letzten zehn Jahren viel dazu beigetragen, indem wir das Kita-Gesetz ständig novelliert und den Kindertagesstätten ständig neue Bildungsaufträge erteilt haben. Das war auch gut so; daran kann man überhaupt nicht zweifeln. Aber irgendjemand muss diese Arbeit auch leisten. Das sind die Kita-Erzieherinnen.

Meine Damen und Herren, seit 20 Jahren höre ich in diesem Hause immer wieder die wohlfeilen Äußerungen: Kinder sind das Wichtigste, Bildung ist das Wichtigste, wir müssen in Bildung investieren. - Aber wenn wir uns wirklich ehrlich fragen, ob wir das im Kitabereich tun, dann müssen wir antworten: Das tun wir nicht ganz so, wie es sein müsste. - Die Frage, wie ehrlich man dabei zu sich selber ist, muss jeder für sich beantworten.

Aber Fakt ist, dass wir im Land Brandenburg beim Betreuungsschlüssel keinen der vorderen Plätze einnehmen, auch nicht mit